

Tabakarbeiter

Organ des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes

Erscheint Sonnabends. Redaktionsschluss
Montags. Bezugspreis monatlich 40 ¢
ohne Bringerlohn. Anzeigenbreite 35 ¢
für die sechseckhaltene Millimeterzeile.
Redaktion, Expedition, Verlag: Bremen,
Am der Weide 20. Tel. Domshöhe 2 07 80

Schriftleitung: Ferdinand Dahms. Ver-
antwortlich: für den redaktionellen Teil
Heinrich Boras, für die Anzeigen Oswald
Franz. Verlag: Deutscher Tabakarbeiter-
Verband, Ferdinand Hüfing. Druck: J. H.
Schmalefeldt & Co. Sämtlich in Bremen

Nummer 26

Bremen, 25. Juni

Jahrgang 1937

Durch Einigkeit und Disziplin zur Freiheit!

Die programmatische Erklärung der neuen Reichsregierung ist eine offene Kampfansage an die gesamte deutsche Arbeiterschaft.

Man muß weit zurückgehen in der deutschen Geschichte des letzten halben Jahrhunderts, um auf Regierungsäußerungen zu stoßen, die einen ähnlich reaktionären Geist verraten. Sie erinnert in ihrer Sprache und in ihrer Tendenz an die Zeiten des Kulturkampfes und des Sozialistengesetzes.

Das neue Kabinett wird bezeichnet als eine Regierung der „nationalen Konzentration“. Tatsächlich vertritt die neue Regierung die Gruppen des Volkes, die bewußt gegen eine Konzentration „aller aufbauenden und staatserkhaltenden, kurzum aller nationalen Kräfte“ in Deutschland gerichtet sind. Der Schutz und die Fortentwicklung der Weimarer Verfassung, die das Volk souverän erklärte, ist einer Regierung anvertraut, deren Verfassungsminister sich offen zur Monarchie als der besten Staatsform bekennt.

Dieser Einstellung entspricht der Geist ihres Programms. Es ist der Geist des bewußten Klassenkampfes von oben.

Der angeblich „gemeinschaftsfeindliche“ Klassenkampf, der der deutschen Arbeiterbewegung zum Vorwurf gemacht wird, ist nichts anderes als der gesellschaftliche Zustand während der Herrschaft des kapitalistischen Systems, das die Nation in soziale Klassen spaltet. Das Ziel der Arbeiterbewegung ist die Ueberwindung dieses Systems, die Beseitigung der Klassen-scheidung und der Klassenkämpfe. Die Arbeiterbewegung war und ist eine der großen schöpferischen Energien der modernen deutschen Geschichte. Ihr Ziel war und ist, die deutsche Arbeiterschaft aus einer geknechteten Klasse zu einer „nationalen Klasse“ zu machen, zu einem gleichberechtigten Faktor im Leben der Nation. Ihr Ziel ist eine soziale Lebensordnung unseres Volkes, in der die Verfassung der Wirtschaft wie des Staates von demokratischem Geist bestimmt und die Rechte der Gesamtheit ebenso gewahrt sind wie die Rechte des einzelnen. Der Kampf der Arbeiterbewegung ist kein Hemmnis, sondern die Voraussetzung für den organischen Aufbau eines sozialen deutschen Volksstaates, eines neuen Deutschland.

Für dieses Deutschland hat die deutsche Arbeiterschaft im Kriege ihr Leben eingesetzt. Sie hat die Männer gestellt, die nach dem Zusammenbruch in vorderster Linie den Kampf um die Einheit unseres Staates und die Freiheit unseres Volkes führten. Sie hat im Ruhrkampf fremder Willkür Halt geboten. Sie war, abseits aller nationalen Phrasen, die stärkste Stütze des deutschen Staates in allen Gefahren der Nachkriegszeit. Es gibt keine nationale Konzentration ohne die deutsche Arbeiterschaft.

Die jetzige Regierung steht zu dem neuen Deutschland, zu dem Gedanken des sozialen Volksstaates in schärfstem Gegensatz. Sie verneint seine Grundlagen, die in der sozialen Befreiung der Nachkriegszeit geschaffen worden sind. Jede Ministerrede beweist von neuem, daß die Regierung entschlossen ist, das deutsche Arbeits- und Sozialrecht zu beseitigen, das in der Weimarer Verfassung begründet ist. Sie wird sich an die Buchstaben der Verfassung halten, um ihren Geist desto gründlicher auszutreiben.

Das ist der Sinn ihres angekündigten Kampfes gegen den „Staatssozialismus“, gegen den Staat als „Wohlfahrtsanstalt“. Indem sie diese Phrasen der nationalsozialistischen und deutschnationalen Agitation übernimmt, macht sich die Regierung zum Wortführer der erklärten Feinde der Verfassung. Diesen arbeiterfeindlichen Parteien zuliebe, denen sie den Ehrennamen „nationale Bewegung“ gibt, hat sie den Reichstag aufgelöst. Sie „schützt“ die Verfassung, indem sie ihren Feinden Vorschub leistet.

Angesichts der ungeheuren Opfer, die die Arbeiterschaft in den letzten Jahren mit einer in der ganzen Welt bewunderten Disziplin auf sich genommen hat, spricht die Regierung von „moralischer Zermürbung des deutschen Volkes“. Sie will den sogenannten „Staatssozialismus“ und die sozialen Leistungen an die Arbeitslosen, die Arbeitsinvaliden und Kranken für diese „Schwächung der moralischen Kräfte der Nation“ verantwortlich machen. Diese Sprache führt eine Regierung, die sich auf die Kreise der Großindustriellen, der Großagrarier und der pensionierten Offiziere und Generale stützt, von denen die einen Milliarden an Subventionen geschluckt haben, während die Mehrzahl der anderen im gesicherten Besitz ihrer Pensionen alle ihre Kräfte gegen die Verwirklichung des Volksstaates einsetzten.

Das zeigt, in welchem Sinne diese Reichsregierung „den Kampf um die Erhaltung der Lebensgrundlagen der werktätigen Bevölkerung“ zu führen gedenkt. Weiterer Lohnabbau für die noch in Arbeit Stehenden, weitere Kürzung der Renten für die Arbeitslosen und die Sozialrentner, Vernichtung des kollektiven Arbeitsrechts, mit einem Wort: soziale Entrechtung der Arbeiterschaft und rücksichtslose Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen, gleichzeitig aber Schonung und Schutz der Besitzenden, insbesondere der Großagrarier — das ist der Sinn des neuen Kurfes, der „grundsätzlich neuen Richtung der Staatsführung“!

Die Regierung beruft sich auf „die unveränderlichen Grundsätze der christlichen Weltanschauung“, die sie zur Grundlage ihres neuen Deutschland machen will. Die „christliche Weltanschauung“ dieser Regierung läßt sich auf die einfache Formel bringen: „Seid untertan der Obrigkeit, die Gewalt über euch hat.“ Die geistige Freiheit soll auf allen kulturellen Gebieten des öffentlichen Lebens in Knechtseligkeit und Dummertum erstickt werden. Die Anpassung des staatlichen Lebens an die Armut der Nation soll durch die Anpassung des kulturellen Lebens an die geistige Armut der Kreise, auf die die Regierung sich stützt, bekräftigt und besiegelt werden.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Gegen diesen Generalangriff der sozialen und kulturellen Reaktion, gegen diese Regierung, die den Geist der Vergangenheit zu neuem Leben erwecken will, gegen diese Fanatiker des Rückschritts gilt es alle Kräfte der Arbeiterschaft zu einmütigem Widerstand zusammenzufassen. Der freudvolle Versuch, das Rad der Geschichte um ein halbes Jahrhundert zurückzudrehen, muß scheitern an der vereinten Kraft eures unbefiegbaren Willens.

Eure Losung muß sein: Durch Einigkeit und Disziplin zur Freiheit!

Gewerkschaftliche Betreuung der Arbeitslosen

Wir verraten kein Geheimnis, wenn wir mitteilen, daß die Konferenz der Funktionäre des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, die am 4. Juni im Bremer Volkshaus tagte, sich auch mit der Mitgliederbewegung innerhalb unserer Organisation beschäftigt hat. Dabei konnte festgestellt werden, daß die Verbindung mit den arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen nicht immer und nicht überall so war, wie das nach Lage der Verhältnisse notwendig gewesen wäre. Daß dadurch auch manches Mitglied, das dem Verband sonst die Treue bewahrt hätte, verloren gegangen ist, braucht wohl nicht besonders hervorgehoben zu werden.

Dazu kommt, daß leider auch fernerehin in der Tabakindustrie mit einer größeren Zahl von Arbeitslosen gerechnet werden muß, die der gewerkschaftlichen Betreuung bedürfen einmal um ihrer selbst willen, dann aber auch im Interesse des Verbandes und der gesamten Tabakarbeiterschaft. Aus diesem Grunde muß alles getan werden, um die in der Hauptsache durch Arbeitslosigkeit verloren gegangenen Mitglieder zurückzugewinnen, damit die Schicksalsverbundenheit der Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie, ganz gleich ob sie arbeitslos sind oder noch in Arbeit stehen, in der gewerkschaftlichen Organisation immer fester wird. In keiner Zahlstelle darf der Zustand einreißen, daß Arbeitende und Arbeitslose sich in zwei abgeschlossenen Gruppen mit Mißtrauen gegenüberstehen.

Von diesen Gesichtspunkten ausgehend, hat der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes unter Berücksichtigung der vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund aufgestellten Grundsätze und, nachdem der Verbandsbeirat im Prinzip zugestimmt hatte, Richtlinien über den Erwerb bzw. Wiedererwerb der Mitgliedschaft im Deutschen Tabakarbeiter-Verband durch arbeitslose Tabakarbeiter und -arbeiterinnen aufgestellt, die wir an anderer Stelle dieses Blattes veröffentlichen.

Diese Richtlinien unterscheiden zwei Gruppen von erwerbslosen Arbeiterinnen und Arbeitern in der Tabakindustrie: solche, die bis zum Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit Mitglied des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes waren, und solche, die beim Verlust ihres Arbeitsplatzes dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband nicht angehörten. Zu letzteren gehören auch jene, die früher schon einmal Mitglied waren und während der Zeit, wo sie noch in Arbeit standen, aus irgendeinem Grunde den Verband verlassen haben. Ausgenommen hiervon sind selbstverständlich jene früheren Mitglieder, die auf Grund der Bestimmungen des § 14 des Statuts ausgeschlossen wurden und deren Ausschluß im Verbandsorgan bekanntgegeben worden ist.

Angehörige beider Gruppen werden während der Zeit ihrer Arbeitslosigkeit ohne Eintrittsgeld aufgenommen und haben, sofern die Zahlstellen von den Mitgliedern, deren Beitragspflicht ruht, einen Verwaltungsbeitrag von 5 oder 10 M erheben, diesen Beitrag zu zahlen. Sie genießen dafür in allen Streitfällen, die sich

aus der Sozialversicherung ergeben, Rechtshilfe und erhalten außerdem den „Tabak-Arbeiter“ regelmäßig unentgeltlich geliefert, damit die Verbindung mit der Organisation aufrechterhalten bleibt. Eine Anrechnung des Verwaltungsbeitrages auf spätere Unterstützungsansprüche, die sich aus dem Verbandsstatut ergeben, findet in keinem Falle statt.

Im Gegensatz zu den Angehörigen der ersten Gruppe können die Angehörigen der zweiten Gruppe ihre alte Mitgliedschaft im Deutschen Tabakarbeiter-Verband wieder aufleben lassen. Voraussetzung dazu ist selbstverständlich, daß sie bis zum Eintritt ihrer letzten Arbeitslosigkeit dem Deutschen Tabakarbeiter-Verband angehört und bis dahin die im Statut vorgeschriebenen Beiträge bezahlt haben.

Nun wäre es zweifellos eine große Ungerechtigkeit gegenüber den langjährigen und treuen Verbandsangehörigen, wollte man beim Wiedererwerb der Mitgliedschaft sofort die alten Rechte in Kraft treten lassen. Es ist deshalb eine Art Bewährungsfrist von mindestens 3 Jahren vorgesehen. Ist das Mitglied während dieser 3 Jahre seinen statutarischen Verpflichtungen in jeder Beziehung nachgekommen und hat erneut 156 oder mehr Beiträge (keine Verwaltungsbeiträge) geleistet, werden die in der früheren Mitgliedschaft bezahlten Beiträge bei der Errechnung des Unterstützungsanspruches berücksichtigt. Mit anderen Worten: bis zur Leistung von 156 Vollbeiträgen erhalten die Verbandsangehörigen, deren alte Mitgliedschaft wieder auflebt, nicht mehr und nicht länger Unterstützung, als neu eingetretene Mitglieder. Erst nach

dieser Zeit werden ihnen die in der früheren Mitgliedschaft geleisteten Beiträge mit in Rechnung gestellt.

Zum Schluß noch einige Bemerkungen über die neue eingeführte Eintrittsmarke. Bisher gab es im Deutschen Tabakarbeiter-Verband keine Eintrittsmarken, weil die den aufgenommenen Kolleginnen und Kollegen ausgehändigte Mitgliedskarte zugleich als Beweis dafür galt, daß das Eintrittsgeld bezahlt war. Das ändert sich natürlich in dem Augenblick, wo arbeitslose Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie ohne Eintrittsgeld aufgenommen werden können.

Um nun den Bevollmächtigten die Kontrolle und Verwaltungsarbeit zu erleichtern und um zu jeder Zeit feststellen zu können, ob das nach dem 30. Juni 1932 eingetretene Mitglied Eintrittsgeld bezahlt hat oder davon befreit war, hat der Verbandsvorstand für die in Arbeit stehenden Arbeiterinnen und Arbeiter der Tabakindustrie, die die Mitgliedschaft im Deutschen Tabakarbeiter-Verband erwerben, Eintrittsmarken in roter Farbe anfertigen lassen.

Diese Eintrittsmarken, die den Zahlstellenverwaltungen rechtzeitig zugehen, sind links unten auf die Vorderseite der Mitgliedskarte, wo der Platz für den Stempel vorgesehen ist, zu kleben und durch Abstempelung zu entwerten. In der Uebersicht über vorhandene Wertzeichen sind die verkauften Eintrittsmarken jeweils am Quartalschluß in der 6. Spalte zu verrechnen, mo oberhalb des Wortes „Marken“ das Wort „Eintritts-“ und unterhalb des Wortes „Marken“ zwischen a und Pf. die Ziffer 50 aufgestempelt worden ist.

Die Gewerkschaften zur neuen Notverordnung

Die unterzeichneten gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stellen einmütig fest, daß die in der Notverordnung enthaltenen Abbaumaßnahmen und Neubelastungen die schlimmsten Befürchtungen, die die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft auf Grund der programmatischen Erklärung der Reichsregierung hegen mußte, weit übertreffen. Damit hat sie den Kampf aufgenommen gegen die sozialen Einrichtungen des Staates, den sie als „soziale Wohlfahrtsanstalt“ bezeichnet hat. Dieser Angriff muß von den Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten als eine Herausforderung empfunden und mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.

Die unter größten Opfern von den Arbeitnehmern aufgebauten sozialen Versicherungseinrichtungen sind in ihren Grundlagen bedroht. Die Arbeitslosenversicherung ist praktisch beseitigt. Die Arbeitslosen werden rücksichtslos der „Armenpflege“ überlassen. Die steuerlichen Neubelastungen sind vornehmlich den leistungsschwachen Schichten auferlegt.

Kein Arbeitsbeschaffungsplan, auch sonst kein aufbauender, in die Zukunft weisender Gedanke, der eine Besserung der furchtbaren Wirtschaftslage und ein Ende

der immer fortschreitenden Verelendung des Volkes erhoffen läßt, ist zu erkennen.

Die Gewerkschaften wissen, daß die Not der Zeit Opfer fordert. Aber sie verlangen im Geist wahrer Volksgemeinschaft eine sozial gerechte Verteilung unvermeidbarer Lasten. Ein Staat, der sich in erster Linie zum Schutz des Besitzes bereit findet, verkennt seine vornehmste nationale Aufgabe.

Die Gewerkschaften appellieren an alle Kräfte in Staat und Volk, denen die Einheit des Volkes und das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt, sich mit ihnen in der Bekämpfung dieser sozialen Unrechte zu vereinen. Sie sind entschlossen, ihre ganze Kraft einzusetzen, um den breiten Massen des Volkes wieder den Lebensraum zu verschaffen, der die unerlässliche Voraussetzung für die Befundung von Wirtschaft und Staat ist.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften

Gewerkschaftsring deutscher Arbeiter- und Angestelltenverbände

Allgemeiner freier Angestelltenbund
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund
Gesamtverband deutscher Verkehrs- und Staatsbediensteter.

Berlin, den 20. Juni 1932.

Herr Dr. Bahls lüftet den Schleier

In der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ haben wir bereits darauf hingewiesen, daß die Tarifverhandlungen für die Zigarrenherstellung am 23. Juni in Bad Deynhausen mit dem gegenseitigen Austausch der Parteianträge beginnen. Wie diese Anträge im einzelnen aussehen werden, steht bei der Niederschrift dieser Zeilen noch nicht fest. Bestimmt ist nur, daß der Deutsche Tabak-Arbeiter-Verband sich neben der Abwehr der Verschlechterungsanträge des R. D. Z. mit aller Entschiedenheit für eine Verkürzung der Arbeitszeit einsetzen wird, damit wenigstens ein Teil der seit langer Zeit arbeitslosen Kolleginnen und Kollegen wieder in Arbeit gebracht werden kann.

Die Sorgen des Reichsverbandes Deutscher Zigarrenhersteller (R. D. Z.) bewegen sich natürlich in einer anderen Richtung. Ihm ist es in der Hauptsache darum zu tun, Löhne und Ferien abzubauen. Wer daran noch gezweifelt haben sollte, dem mögen die Ausführungen, die am 14. Juni auf der ordentlichen Hauptversammlung des Verbandes Süddeutscher Zigarrenfabrikanten von dessen Geschäftsführer Herrn Dr. Bahls gemacht worden sind, eines Besseren belehren. Nach der „Süddeutschen Tabakzeitung“ hat Herr Dr. Bahls in seinem Bericht über die Tagesfragen der Zigarrenindustrie auch die Kündigung der Tarifverträge und die von der Bezirksgruppe Süddeutschland des R. D. Z. aufgestellten Abänderungsanträge berührt und dabei erklärt, daß neben der teilweisen Ausgleichung der innerhalb des Reichsgebiets bestehenden und sachlich nicht mehr begründeten Lohnunterschiede vor allem eine Entlastung der Betriebe von den Ferien anzustreben sei.

Diese Formulierung, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt, zeigt, was geplant ist: Die Arbeiterinnen und Arbeiter der Zigarrenindustrie sollen nicht nur auf Ferien verzichten, sondern auch noch einen Lohnabbau über sich ergehen lassen; denn auf etwas anderes läuft die beantragte teilweise Ausgleichung der Lohnunterschiede nicht hinaus. Oder ist man in der Bezirksgruppe Süddeutschland des R. D. Z. der Meinung, den teilweisen Ausgleich der Lohnunterschiede durch eine Heraufsetzung der Löhne in den unteren Bezirks- und Ortsgruppen herbeizuführen? Darüber ließe sich reden, aber von oben herunter ist in den letzten Jahren mehr als genug ausgeglichen worden und bei einem wöchentlichen Durchschnittsverdienst von 18,42 M (diese Summe ergibt sich, wenn man den Durchschnittsverdienst eines Kollararbeiters, wie er sich nach den Angaben der Tabak-Berufsgenossenschaft für 1931 errechnet, um 15 v. H. kürzt) — in Wirklichkeit sind die Wochenverdienste noch weit geringer — lassen sich keine Abstriche mehr machen.

Im übrigen hat Herr Dr. Bahls sehr richtig erkannt, daß der Schruppungsprozeß in der Zigarrenherstellung nicht zuletzt auf die wahn sinnigen Lohnsenkungsbestrebungen der Unternehmer zurückzuführen ist. Nachdem er den Produktionsverlauf in der Zigarrenherstellung

unter Berücksichtigung der Beschäftigungs- und Versteuerungsstatistik geschildert hatte, führte er nach der „Süddeutschen Tabakzeitung“ mörtlich aus:

Dieses Ergebnis könne freilich nicht übersehen, wenn man bedenke, daß seit dem Sommer 1926 der Verdienstausschlag allein der Arbeiterklasse über 26 Milliarden Mark ausgemacht habe. Eine solche Verminderung der Kaufkraft treffe naturgemäß am stärksten das Genußmittelgewerbe.

Das Gewerkschaftsblatt im Lesesaal

Die Arbeiterschaft wird vom Intellektuellen in der Regel anders angesehen, als sie ist. Der Arbeiter kennt nach der Meinung dieser Intellektuellen nur das Materielle. Das Ideale zu hüten, das ist darum allein, so meinen sie, die Aufgabe der Intellektuellen. Und so dünken sie sich auch in der geistigen Veranlagung meist noch erhaben über die Arbeiterschaft.

Es ist nicht zu leugnen, daß diese falsche Auffassung von der Arbeiterschaft auch in den intellektuellen Kreisen zu finden ist, die uns nahestehen und mit uns sympathisieren, wie es jetzt ein Aufsatz in einer Monatschrift für sozialintellektuelle Kreise beweist.

„Die Arbeiter sind“, so heißt es da, „Sozialisten um des materiellen Vorteils willen; diese Arbeiter sehen die beste Position im Kampf um die Materie. Und wenn sie auch politisch die Demokratie verteidigen, so verbleiben sie doch kapitalistisch in ihrer Gesinnung.“

Welch falsche Auffassung! Welch mangelhafte Kenntnis von der Arbeiterschaft! Welche Verwechslung der Tagesaufgabe und des Ziels! Wenn die Gewerkschaften — selbstverständlich! — für die wirtschaftlichen Rechte der Arbeitnehmer, wie der Augenblick es verlangt, eintreten, dann ist das doch kein Beweis für das Fehlen eines idealen Glaubens. Pfllegt die Gewerkschaftspresse denn nicht immer und immer zugleich auch die Kultur der Idee? Schon seit Jahren? Seit Jahrzehnten?

Gewiß, es wäre ja gut, wenn auch Intellektuelle, wie es da in der Zeitschrift verlangt wird, sich der Arbeiterschaft in größerer Zahl als bisher für Bildungsarbeit zur Verfügung stellten, aber doch wahrhaftig nicht nur deshalb, damit nun endlich auch auf diesem Gebiete von der Arbeiterschaft etwas getan wird. Wer unser Blatt kennt, weiß, daß die Gewerkschaftspresse auch auf diesem Gebiete ihre Pflicht tut.

Wir würden auf diesen Aufsatz nicht eingehen, wenn er nicht bezeichnend wäre einmal für die mangelhafte Beurteilung der Arbeiterschaft, dann aber auch dafür, wie wenig die Gewerkschaftspresse von den geistigen Arbeitern bisher beachtet worden ist.

Wenn weite Volkskreise sich in einem anderen Lebensmilieu bewegen als die Arbeiter, so bedarf es zum Verständnis für die Arbeiterschaft einer Ergänzung durch die Lektüre der Gewerkschaftspresse.

Ganz unsere Meinung! Und weil es so ist, wie Herr Dr. Bahls in den zitierten Sätzen gefagt hat, sollte schon der Selbsthaltungstrieb die Zigarrenfabrikanten veranlassen, alles zu tun, was nach Lage der Verhältnisse möglich ist, um die Kaufkraft der breiten Masse der Bevölkerung zu heben. Das ist aber nicht möglich, wenn man selbst auf diesem Gebiete, wie es der R. D. Z. tut, mit dem allerschlechtesten Beispiel vorangeht.

Wenn die sozialistische Tageszeitung derlei bringt, kann mancher Außenstehende denken, solche Aufsätze waren für eine bestimmte Gruppe, von Intellektuellen etwa, geschrieben. In der Gewerkschaftspresse aber erhält jeder ein Abbild auch des geistigen und ethischen Bedürfnisses der Arbeitermasse. In der Gewerkschaftspresse spiegelt sich auch das ideale Suchen der Arbeitnehmer wieder, das heute noch so einseitig für die Intellektuellen in Anspruch genommen wird.

Wer die Gewerkschaftspresse kennt, weiß, wie die Seele des Arbeitsvolkes fühlt und will. Darum wäre es zur allgemeinen Orientierung über die Arbeiterbewegung wie über Wesen und Ziel und Glauben der Arbeiterschaft wertvoll, wenn die Gewerkschaftspresse auch in die Kreise mehr hineinkäme, die heute ein Gewerkschaftsblatt in der Regel überhaupt nicht zu Gesicht bekommen.

Das kann geschehen durch die Verarbeitung der Gewerkschaftsmitglieder, das kann aber vor allem auch dadurch geschehen, daß die Lesesäle der verschiedensten Art auch die Gewerkschaftszeitungen aushängen und die Gewerkschaftszeitungen so auch öffentlich zu gleichberechtigten Organen auf dem Gebiete der Aufklärung und der Kultur werden. Heute ist es aber so, daß selbst in den Bezirken, die eine ganz bestimmte Gruppe der Arbeiterschaft stellen, das zuständige Gewerkschaftsblatt in einem Lesesaale nicht zu finden ist.

Die Gewerkschaftspresse ist zahlenmäßig in der Auflagenhöhe wie auch inhaltlich ein solcher Faktor im Kulturleben, daß sie die allgemeine Beachtung, auch über den Kreis, des Gewerkschaftsverbandes hinaus, verdient.

Dr. Gustav Hoffmann.

Berichtigung

Durch ein technisches Versehen ist im Leitartikel der vorigen Nummer des „Tabak-Arbeiter“ eine Zeile ausgefallen. Vollständig muß der erste Absatz der dritten Spalte lauten:

Der Deutsche Tabak-Arbeiter-Verband wird deshalb bei den kommenden Tarifverhandlungen in der Zigarrenherstellung mit aller Entschiedenheit für eine Verkürzung der Arbeitszeit eintreten und nach vorheriger Verständigung mit dem Zentralverband christlicher Tabak-Arbeiter gemeinsam mit ihm dem R. D. Z. dahingehende Anträge unterbreiten.

Gauen und Zahlstellen

Freiberg. Am 16. Juni fand in der „Union“ eine öffentliche Tabakarbeiterversammlung statt. Als Referent war Gauleiter Kollege Schomburg erschienen, der die wirtschaftlichen Maßnahmen, die uns in letzter Zeit durch Unternehmer und durch Gesetzgebung zugefügt worden sind und die wir tagtäglich bitter spüren, nochmals vor unseren Augen erstehen ließ, wobei der R. D. Z. besonders „gut“ wegkam. Die Versammlung unterstrich diese Ausführungen durch immerwährende Zustimmung. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: Die Zigarrenarbeiter-Gesellschaft Freibergs nimmt mit Empörung Kenntnis von dem Anschlag des R. D. Z. auf die tariflich festgelegten Ferien. Haben schon die vorgenommenen Lohnkürzungen von insgesamt 21 Prozent das Maß des Elends überfüllt gemacht, so ist dieser Raub der Ferien nur als unmensächlich zu bezeichnen. Solche Schädigungen und Entbehrungen sind bei Unternehmern nicht wahrzunehmen. Der Vorstand des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes wird beauftragt, nicht nur jede Verschlechterung des Tarifes aufs Schärfste zurückzuweisen, sondern eine angemessene Lohnforderung zu stellen und entschieden zu vertreten. Die Arbeiter-Gesellschaft ist bereit, durch Stärkung der Organisation und Bereitschaft zum Kampf ihren Teil beizutragen.

Magdeburg. In der am 11. Juni abgehaltenen Versammlung sprach Kollege Küster über die kommenden Tarifverhandlungen. Seit langer Zeit besteht der Wunsch der Fabrikanten, die Tarife beweglicher zu gestalten oder vollständig zu zerschmettern. Auch die Sozialversicherung wollen sie auf den Stand der Vorkriegszeit zurückführen und das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter beseitigen. Die Regierung v. Papen gibt der Reaktion den Mut, von den jetzt schon miserablen Löhnen noch Abzüge machen zu wollen. Der Verzicht auf Ferien ist ein unbilliges Verlangen der Fabrikanten, denn ein bis zwei Monate später werden sie wieder einen Antrag auf Lohnreduzierung stellen. Sie sind in ihren Forderungen unerzittlich und sprechen uns auch noch die Daseinsberechtigung ab. Jergendeine Milderung des Lohnes oder der Ferien nach unten bedeutet ein willkommenes Geschenk an die Fabrikanten, da das Produkt um keinen Pfennig billiger wird. Die Tabakarbeiter zählen schon lange zu den am schlechtesten entlohnten Arbeitern in Deutschland. Wir sind bereit, bei dem geringsten Abzug bis zum Äußersten zu kämpfen. Vorstand, Beirat usw. müssen an ihrem ablehnenden Beschluß vom 4. Juni festhalten, damit der Antrag des R. D. Z. seiner wohlverdienten Ablehnung entgegengeht. Die Kollegen Winkler und Hagedel verlangen ebenfalls, den Antrag des R. D. Z. mit allen Mitteln zu bekämpfen. Alsdann führte Kollege Küster aus, daß die Differenz mit dem Ortsauschuß betreffs Bau des Gewerkschaftshauses bereinigt ist und wir die Zahlungen wieder aufnehmen. Kollege Wille, der als Vertreter für Gruppe 10 zum Gesellschaftler bestätigt wurde, berichtete hierauf über den Bau des Gewerkschaftshauses und seine Finanzierung. Am 1. Juli wird mit dem Bau begonnen, so daß für einen Teil der Magdeburger Arbeitslosen für rund ein Jahr Beschäftigung vorhanden ist. Kollege Winkler berichtete vom Ortsauschuß. Durch die große Arbeitslosigkeit ist ein bedeutender Rückgang an Beiträgen zu verzeichnen. Bei der Besprechung über die politische Lage und die Aufgaben der Gewerkschaften wurde der Wunsch zum Ausdruck gebracht, daß die Regierung v. Papen so schnell wie sie gekommen ist wieder verschwinden möge. Nach Erledigung örtlicher Angelegenheiten schloß Kollege Küster die Versammlung mit dem Wunsch, die nächste Versammlung möge einen besseren Besuch aufweisen.

über den Erwerb bzw. Wiedererwerb der Mitgliedschaft im Deutschen Tabakarbeiter-Verband durch arbeitslose Tabakarbeiter und -arbeiterinnen

I. Erwerb der Mitgliedschaft durch Arbeitslose

1. Die Mitgliedschaft im Deutschen Tabakarbeiter-Verband können erwerben alle Arbeiter und Arbeiterinnen, die bis zum Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit in der Tabakindustrie beschäftigt waren und nicht auf Grund der Bestimmungen des § 14 des Statuts ausgeschlossen worden sind.
2. Arbeitslose, die die Mitgliedschaft im Deutschen Tabakarbeiter-Verband erwerben, sind von der Leistung des Eintrittsgeldes befreit.
3. Arbeitslose Mitglieder leisten einen Beitrag von 5 oder 10 ₰ pro Woche, sofern ein solcher von der zuständigen Zahl- bzw. Verwaltungsstelle beschlossen ist. (Siehe § 3 Absatz 9 des Verbandsstatuts.)
4. Ansprüche auf Unterstützungen irgendwelcher Art werden durch die Leistung des Arbeitslosenbeitrages nicht erworben.
5. Den arbeitslosen Mitgliedern wird vom Deutschen Tabakarbeiter-Verband Rechtshilfe in allen Streitfällen, die sich aus der Sozialversicherung ergeben, gewährt und der „Tabakarbeiter“ regelmäßig unentgeltlich geliefert.

II. Wiedererwerb der alten Mitgliedschaft durch Arbeitslose

6. Arbeitslose Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, die bis zum Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit Mitglieder des Verbandes waren und ihre statutarische Beitragspflicht bis dahin erfüllten, können während ihrer Arbeitslosigkeit die alte Mitgliedschaft wieder erwerben.
7. Durch den Erwerb der alten Mitgliedschaft entsteht jedoch zunächst kein Anspruch auf die sozialen Unterstützungsleistungen des Verbandes.
8. Soziale Unterstützungen irgendwelcher Art können erst nach Leistung von 52 Hauptkassenbeiträgen gewährt werden. Sind nach dem Erwerb der alten Mitgliedschaft aufs neue 52 bzw. 104 Hauptkassenbeiträge geleistet, so erhalten solche Mitglieder die Unterstützungsfäge, die für eine 52- bzw. 104wöchige Beitragsleistung im Statut vorgesehen sind.

Nachdem ein solches Mitglied aufs neue 156 oder mehr Vollbeiträge geleistet hat, leben die in der alten Mitgliedschaft erworbenen Rechte im vollen Umfange wieder auf. Die Unterstützungen werden dann berechnet nach den während der gesamten Mitgliedschaft geleisteten Vollbeiträgen.

9. Die alten Mitgliedsbücher bzw. -karten von solchen Mitgliedern, die während der Arbeitslosigkeit ihre Mitgliedschaft wieder erwerben wollen, sind von den Bevollmächtigten dem Verbandsvorstand nebst Angaben über den Eintritt der Arbeitslosigkeit einzusenden. Der Vorstand macht dann

die erforderlichen Eintragungen und stellt den Zahl- bzw. Verwaltungsstellen die Mitgliedsbücher wieder zu.

III. Eintrittsmarken

10. In Arbeit stehende Tabakarbeiter und -arbeiterinnen, die die Mitgliedschaft im Deutschen Tabakarbeiter-Verband erwerben wollen, müssen nach wie vor das im Statut vorgesehene Eintrittsgeld entrichten. Um eine Kontrolle über die gegen Eintrittsgeld verausgabten Mitgliedskarten zu haben, erhalten die Zahlstellen Marken mit dem Aufdruck: „Eintrittsgeld 50 ₰ “ vom Verbandsvorstand zugestellt. Diese Marken sind vom 1. Juli 1932 an zu verwenden und auf die Vorderseite der Mitgliedskarte zu kleben und sofort mittels Zahlstellenstempel zu entwerten.

Bekanntmachungen

Am 25. Juni ist der 26. Wochenbeitrag fällig

Folgende Gelder sind eingegangen:

2. Juni. Reichensachsen 49.83.
11. Schöned 200.—
12. Blotho 100.—
13. Heine-Bahnhof 175.—
15. Fehlbromm 400.—
17. Hann.-Münden 650.—, Dresden 2000.—, Bremen, den 21. Juni 1932. J. Krohn.

Gestorben sind:

Am 23. Mai der Zigarrenarbeiter Fritz Brodmeyer, 61 Jahre alt (Zahlstelle Burgdamm).

Am 5. Juni die Zigarrenarbeiterin Marie Siekmann, 49 Jahre alt (Zahlstelle Blotho).

Am 6. Juni die Zigarrenarbeiterin Alwine Hartmann, 66 Jahre alt (Zahlstelle Görlik).

Am 9. Juni die Zigarrenarbeiterin Anna Konstel, 61 Jahre alt (Zahlstelle Spenge).

Am 12. Juni die Zigarrenarbeiterin Alma Selbmann, 58 Jahre alt (Zahlstelle Schmölln).

Am 12. Juni der Zigarrenarbeiter Christoph Schulte, 67 Jahre alt (Zahlstelle Pfungstahl).

Am 18. Juni der Zigarrenarbeiter Louis Wielert, 58 Jahre alt (Zahlstelle Seesen).

Am 18. Juni der Zigarrenarbeiter Max Brille, 45 Jahre alt (Zahlstelle Striegau).

Ehre ihrem Andenken!

Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Bremen, An der Weide 20.

Fernruf: Amt Domsheide 20 780.

Verbandsvorsitzender: Ferdinand Husung. Geld- und Einschreibendungen nur an Johannes Krohn, Postfachkonto: 5349, Postfachamt Hamburg. Bankkonto: Bankabteilung der GEG. Hamburg, und Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Filiale Bremen. Ausschuhvorsitzender: Louis Schöne, Hamburg, Bejenbinderhof 57, Zimmer 70.

Bundesausschußsitzung des ADOB.

Am 14. Juni 1932 trat der Bundesausschuß des ADOB zu seiner 7. Tagung in Berlin zusammen.

Leipart leitete die Beratungen mit einer Würdigung der großen Verdienste von Albert Thomas, des Direktors des Internationalen Arbeitsamtes, ein, den ein jäher Tod im vergangenen Monat seiner umfassenden Lebensarbeit entrißfen hat.

Er gedachte dann in ehrenden Worten des Kollegen August Quist, der sein ganzes Leben treu im Dienste der Arbeiterbewegung gestanden hat, zunächst in seinem Beruf, dann im Deutschen Metallarbeiter-Verband, in den letzten anderthalb Jahrzehnten erst als Redakteur des Korrespondenzblattes, später im Archiv des Bundesvorstandes.

Ferner gedachte Leipart des bisherigen Vorsitzenden des Gesamtverbandes Oswald Schumann, der zum ersten Male nicht an den Beratungen teilnimmt, da er seine Ämter niedergelegt hat. Seine großen Verdienste um die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung, sein nie versagender Rat verpflichten uns alle zu tiefstem Dank für seine in einem opferreichen Leben geleistete Arbeit.

Er teilte mit, daß der Verband der Kupferschmiede beschlossen hat, sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen. Der Verband, der nun seine Selbstständigkeit aufgibt, kann auf die von ihm in langen Jahrzehnten geleistete Arbeit stolz sein. Beide Organisationen sind zu dem Beschluß zu beglückwünschen, der in beiderseitigem Interesse liegt.

Leipart ging auf die Ereignisse der letzten Monate ein, seit die Gewerkschaften den Schrei nach Arbeitsbeschaffung er-

hoben haben. Er berichtete über die Beratungen der Spitzenorganisationen mit dem Kabinett Brüning, in denen mit großem Nachdruck von Seiten der Gewerkschaftsvertreter aller Richtungen zu den geplanten Notverordnungen Stellung genommen wurde. Insbesondere haben sie sich entschieden für die Erhaltung der Arbeitslosenversicherung eingesetzt.

Die Regierung Brüning hat nach ihrem Sturz in einer besonderen Erklärung darauf hingewiesen, daß sie ein Programm zur Arbeitsbeschaffung für 600 000 Arbeitslose vorbereitet und auch die Finanzierungsfrage bereits geklärt habe. In den Verhandlungen mit den Gewerkschaften hatten die Gewerkschaftsvertreter nicht den Eindruck, daß die Pläne schon so weit gediehen waren, so nachdrücklich sich gerade die Gewerkschaften für die planmäßige Arbeitsbeschaffung eingesetzt haben. Es versteht sich von selbst, daß die Gewerkschaften an ihrem Programm der Arbeitsbeschaffung festhalten. Sie werden dieses Programm auch gegenüber der neuen Regierung mit der gleichen Entschiedenheit vertreten, mit der sie sich auch weiterhin für die Arbeitszeitverkürzung einsetzen wollen.

Ueber die programmatische Erklärung der neuen Regierung

braucht kein Wort verloren zu werden. In diesem Kreise ist niemand, der den „neuen Kurs“ nicht auf das schärfste verurteilt. Ein neuer Wahlkampf steht bevor. Er wird mit größerer Heftigkeit geführt werden als je ein Wahlkampf bisher. Es müssen selbstverständlich von der gesamten Arbeiterbewegung alle Kräfte angespannt werden, denn es ist ein Schicksalskampf der deutschen Arbeiterschaft.

Die Errungenschaften von Jahrzehnten stehen auf dem Spiele.

Am 9. und 10. Juni hat der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Berlin getagt und auch über das Reparationsproblem beraten. Die Beratungen haben zu einer Entschließung geführt, die wir an anderer Stelle dieses Blattes veröffentlichen und die in der Forderung gipfelt, endlich einen Schlußstrich unter die Reparationen zu ziehen.

Schlimme (Bundesvorstand) ergänzte die Ausführungen des Vorsitzenden durch einen Bericht über die Beschlüsse und Maßnahmen der in der Eisernen Front zusammengefaßten Organisationen.

Leipart teilte mit, daß die kommunistische Opposition und der Parteivorstand der SUB. — je für sich — an den Bundesvorstand Einladungen zur Errichtung der „Einheitsfront“ der Arbeiterschaft gerichtet haben. Der ADOB, hieß es in dem Schreiben dieser Parteigruppen, sei berufen, die Initiative bei diesem Versuch zu ergreifen. Der Bundesvorstand sei jedoch der Auffassung, daß diese Gruppen am wenigsten berechtigt seien, nach einer „Einheitsfront“ zu rufen, auch sei genügend klar, was sie darunter verstehen. Ein Eingehen auf ihre Anregungen sei nicht eher möglich, bevor nicht diese Parteispalter durch ihr Verhalten bewiesen hätten, daß sie ihre sinnlosen Angriffe gegen die Gewerkschaften einzustellen gedenken.

In der Diskussion wird diese Auffassung bekräftigt. Namentlich könne von einem Zusammenwirken mit den Parteigruppen von der KPD. bis zur SUB. solange keine Rede sein, wie sich hinter der Formel von der „Einheitsfront“ nur eine andere Methode verbirgt, noch allem

In Rußland — gearbeitet — nicht geschaut!

Von einem deutschen Facharbeiter

5. Alte und neue Häuser

Es läßt sich nicht bestreiten, nach der russischen Revolution ist viel gebaut worden. Nicht nur in den Städten. Ganze Dörfer, vor allem in der Nähe der Zechenanlagen, sind entstanden.

Man muß jedoch heute schon, nach verhältnismäßig kurzer Zeit, genau beobachten, um diese Häuser, soweit sie einige Jahre alt sind, von den alten, vor der Revolution errichteten, unterscheiden zu können. Man hat die Häuser nicht gepflegt, nicht repariert. Man denkt nicht daran, sie instand zu halten.

Trotzlos ist der Zustand jener Neubauten auf dem Lande, um die sich der Staat als Besitzer nicht kümmert, aber noch weniger der sie bewohnende Russe.

Wenn der Russe sich wirklich einmal aufrafft, etwas in oder an seinem Hause zu tun, so muß es schon gar schlimm be-

stellt sein. Es muß ihm ins Bett regnen oder schneien, er muß frieren, sonst tut er nichts. Aber er selbst legt keine Hand an, verschmiert nicht die Ritzen, durch welche der eifige Wind pfeift, sichtet nicht das schadhafte gemordene Dach. Das besorgen einige Frauen und Mädchen im Dorf, die dafür ein paar Kopeken, Brot, Tee und vielleicht einige Fische erhalten, solange sie beschäftigt sind.

In den alten Dörfern mit ihren traurigen Stroh- und Lehmhütten sieht es naturgemäß nicht besser aus. Die Wohnungen, auch die in neuen Häusern, haben meist noch Lehmböden. Mit den allerprimitivsten Haushaltungsgegenständen wird gewirtschaftet und gegessen.

In diesen Steppendörfern fehlt selbstverständlich auch nicht der Strohschuppen beim Haus, sowie der Viehstall. Man braucht sie aber heute nicht mehr. Nur in einigen Ställen, und zwar von Anwesen, deren Bewohner vertrieben sind, steht das spärliche Vieh der Kollektive, die jene Häuser beschlagnahmt hat.

Wie und da bemüht sich einmal ein Bewohner, ein kleines Gärtchen bei seinem

Hause anzulegen. Allgemein aber sind die Leute zu gleichgültig, zu phlegmatisch. Und das vor allem deshalb, weil man sich gegenseitig nichts gönnt. Weil einer, der „aus der Reihe tanzt“, der sich bemüht, etwas mehr Ordnung, etwas mehr Behagen in sein Heim zu bringen, der bestrebt ist, vorwärts zu kommen, gar zu leicht in den Verdacht gerät, ein „Kulake“ zu sein.

Was nutzt es auch, ein Gärtchen anzulegen, Obst und Gemüse zu bauen. Noch ehe es reif ist, hat man es gestohlen. Auch die ungefähr mannshohe Mauer, die durch bloßes Aufeinanderichten von blanken Steinen um Haus und Garten gezogen ist, hindert daran nicht.

6. Bei deutschen Bauern

Für die früheren Bauern in der Steppe gibt es heute keine eigene Arbeit mehr. Sie sind in die Kollektive eingegliedert, arbeiten für sie, ackern, säen, ernten gemeinschaftlich.

Obwohl der Sowjetstaat mit allen Mitteln, mit Versprechungen, Propaganda, mit Schikanen schlimmster Art, mit Aus-

Gesundheitspflege im Juli

homonimistischen Rezept in die Geschlossenheit der Gewerkschaften einzubrechen. Bei dieser Geschlossenheit der Gewerkschaften liege die Gewähr für die Einheit des Kampfes der Arbeiterklasse. Dieser Standpunkt schließe nicht aus, daß die Gewerkschaften dem ehelichen Einheitsstreben, das sich in der Arbeiterschaft rührt, ein aufmerksames Ohr leihen werden.

Der große Ernst der politischen Situation wird in der Aussprache wiederholt betont. In den kommenden Kämpfen werde die Arbeiterbewegung ihre Macht bis zum Äußersten einsetzen müssen, um die Gefahr zu bannen, die ihr von dem Regime der Reaktion drohe. Die Arbeiterschaft habe aber auch bewiesen, daß sie zu kämpfen wisse. Allseitig wird mit ruhiger Bestimmtheit die Ueberzeugung ausgesprochen, daß es der Arbeiterbewegung gelingen wird, die großen Kämpfe, denen sie entgegengeht, erfolgreich zu bestehen. Die Gewißheit, daß die Arbeiterbewegung allen ihren Feinden auf die Dauer an innerer Geschlossenheit und geistiger Schöpferkraft überlegen ist, bildet den Grundton der Aussprache. Der Bereitschaft, alle Machtmittel der Arbeiterbewegung aufzubieten, wird mit größter Entschiedenheit Ausdruck verliehen.

Die Aussprache schloß mit der einmütigen Annahme der vom Bundesvorstand vorgelegten und auf der ersten Seite des Hauptblattes veröffentlichten

Rundgebung der Gewerkschaften

gegen den angekündigten neuen Kurs der jetzigen Reichsregierung.

Leipart schloß die Aussprache mit folgenden Worten: „Die Gewerkschaften haben auch in der heutigen Situation, auch gegenüber dieser Regierung keinen Grund, mit geringerem Vertrauen in ihre Kraft den kommenden Kämpfen entgegenzugehen. Die Kampffront ist klar und eindeutig. Das Bewußtsein dieser Tatsache wird der Energie und der Schwungkraft der Gewerkschaften einen neuen Auftrieb geben.“

Wenn im Juli die Sonne mit sengendem Strahl auf uns herniederbrennt, dann wünschen wir alle uns wohl mit Recht vor allem einen möglichst kühlen Wohn- und Arbeitsraum. Wie macht man das? Nun, ganz einfach, indem man tagsüber die Fenster fest geschlossen hält, und sie durch Vorhänge, Jalousien und dgl. verdunkelt. Nur des Morgens, am Abend und in der Nacht muß ausgiebig gelüftet werden. Falsch dagegen ist es, wenn z. B. in einem Kaufmannsladen unter Mittag die Tür geöffnet wird, um frische Luft hereinzulassen. Dann strömt nämlich nur warme Luft ein und bringt statt Kühlung nur vermehrte Hitze. Ganz besonders bedürfen die Schlafräume im Juli der Kühllhaltung. Wer körperlich gesund ist, der sollte überhaupt bei offenem Fenster schlafen. Das gilt für Erwachsene wie für Kinder, nur beim Säugling sei man damit etwas vorsichtig, obwohl der Säugling unter der Hitze und — unter der Unvernunft seiner Eltern oder Pfleger im Sommer oft besonders schwer zu leiden hat.

Wie töricht ist es, so ein armes Würmchen in der heißen Jahreszeit im Bettchen oder im Kinderwagen mit dicken Federbetten zuzudecken! Manche sommerliche Erkrankung des Säulings, mancher Hautausschlag verdankt nur solchem Unverstand seine Entstehung. Rein, leicht gebettet und leicht bekleidet soll der Säugling im Sommer sein, auch während der Nacht, und am Tage ziehe man ihm gleichfalls nur ein leichtes Hemdchen an, und gebe ihm vor allem die nötige Strampelfreiheit!

Auch die unzweckmäßige Behandlung seiner Nahrung, der Milch, wird dem Säugling im Sommer nicht selten verderblich. Sofortiges Abkochen der Milch und dauerndes Kühllhalten, sei es im Eiskrank oder, wo dieser fehlt, in einer, mit kaltem, öfters gewechseltem Wasser angefüllten Schale wird hier weitgehenden Schutz gewähren. Natürlich muß auch

durch Zudecken aller Gefäße den Fliegen der Zutritt zur Milch wie zu allem, dem Menschen zur Nahrung dienenden Speisen und Getränken gemehrt werden.

Im Juli spielt das Trinken naturgemäß überhaupt eine große Rolle, allein je mehr man trinkt, um so mehr schwitzt man. Darum sei auch hier vor allem Mäßigkeit in der Flüssigkeitsaufnahme empfohlen. Am besten und am billigsten löscht man mit Wasser seinen Durst, doch gilt es besonders im Juli, d. h. in der Reisezeit und auf Touren, zu beachten, daß man nur Wasser einwandfreier Herkunft nicht zu schnell und nicht in gar zu sehr erhitztem Körperzustande zu sich nimmt. Unbedenklich in diesem Sinne ist der Genuß reinen Quellwassers im Gebirge. Eis und eiskalte Speisen löschen den Durst meist nur vorübergehend und dürfen nicht zu hastig verzehrt werden, wenn anders man Schädigungen des Magens und des Darmes vermeiden will. Im übrigen sind kalter Kaffee oder Tee, die verschiedenen alkoholfreien Getränke, ferner die durch gährungslose Früchteverwertung hergestellten Obstäfte usw. für die Durststillung geeignet. Alkohol, d. h. also Bier, Wein, Schnaps und dgl., ist nicht nur an sich, in größerer Menge genossen, schädlich, sondern erzeugt neue Wärme und damit nur vermehrten Durst!

Schließlich sei noch auf eine Unsitte aufmerksam gemacht, deren sich Kinder und Erwachsene häufig auf Spaziergängen im Ferienmonat Juli schuldig machen. Sie pflücken nämlich allerhand Blumen, Beeren und Gräser ab, und stecken diese dann meist spielerisch in den Mund. So kann es leicht zu Vergiftungen oder sonstigen schweren Erkrankungen kommen. Darum sei an groß und klein die Mahnung gerichtet: Nehmt keine Blumen und keine Ähren in den Mund, und eßt auch keine Früchte oder Beeren, die euch nicht ganz genau als ungiftig bekannt sind!

Dr. C. R.

weisung, Verschleppung, Deportation und Verbannung daran arbeitet, alle in Rußland Ansässigen in die Kollektive einzureihen, gibt es in entlegenen Gegenden, besonders in der Ukraine, noch Bauern, die bis heute nicht zu bewegen waren, sich der Kollektive anzuschließen, sondern — wenn man sich dieses Ausdrucks einmal bedienen darf — „freie“ Bauern bleiben.

Vor allem sind es Deutschrussen, besonders Schwaben, deren Vorfahren vor 150 bis 200 Jahren in das fruchtbare Gebiet des Donbeckens eingewandert sind.

Daß unter den angedeuteten Umständen das Leben für diese Menschen in Rußland mehr als eine Qual ist, braucht nicht besonders betont zu werden.

Es ging ihnen einmal gut, diesen deutschen Bauern. Meist hatten sie kleinere Gutshöfe. Man schloß sich zusammen zu Kolonien und es gibt heute noch ganze deutsche Siedlungen mit eigenen Gemeindevertretern.

Kommt man in ein solches Dorf, so wird man aufgenommen wie ein Halbgott. Rasch verbreitet sich die Kunde von dem fremden Besuch durch die Straßen, die

im Gegensatz zu dem typisch russischen Stadtbild einen durchaus erfreulichen Eindruck machen, wie überhaupt jene deutschrussischen Bauernkolonien in Sauerkeit, Aufbau, Aussehen und Pflege turmhoch über den russischen Dörfern stehen und keinesfalls mit ihnen vergleichbar sind.

Tausend Fragen stürmen auf den Fremdling ein. Wenn man den Leuten endlich beigebracht hat, wie es in Deutschland in Wahrheit steht, nicht gut, aber viel besser als in Rußland, wenn man die wirkliche Lage schildert, dann ist das Erstaunen groß. Rasse Augen gibt es. Die Menschen denken an ihr eigenes Schicksal. Man bewirtet den Landsmann aufs freundlichste und dabei zeigt sich, daß es die Deutschen in Rußland verstehen, immer noch etwas besser zu leben als der Durchschnittsrusse. Schwer fällt der Abschied von den Landsleuten, die, obwohl sie Deutschland nie gesehen, zum größten Teil ein gutes Deutsch, besonders aber reines Schwäbisch sprechen, wie man es im Schwarzwald nicht besser finden kann.

Man erinnert sich, daß im Herbst 1929

mehrere tausend deutschrussischer Bauern flüchten mußten, da sie sich weigerten, in die Kollektive einzutreten. Vorübergehend fanden die Flüchtlinge in Deutschland Aufnahme, wurden in großen Lagern untergebracht, wieder einmal richtig verköstigt und dann nach Südamerika, vor allem nach Brasilien, eingeschifft, wo sie sich als Siedler niederließen.

Von diesen ausgewiesenen Bauern sind nun trotz schärfster Zensur einige Briefe an ihre in Rußland verbliebenen Leidensgenossen eingetroffen. Wie ein Lauffeuer verbreiteten sich die erfreulichen Nachrichten und gar bald hatten sich nicht wenige gefunden, die gleichfalls Rußland verlassen wollten, um sich auch in Südamerika anzusiedeln.

Alle Habe wurde verkauft. Die Bauern eilten zum nahen Schwarzen Meer, um sich einzuschiffen. Doch sie hatten die Rechnung ohne den Wirt — die allmächtige Sowjetunion — gemacht. Man gab ihnen keine Ausreisegenehmigung. Sie mußten wohl oder übel zurück, zurück in das Land, das sie so gerne verlassen hätten, von dem sie wissen, daß es ihnen nichts

Der IGB. zum Reparationsproblem

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat folgende Entschliessung zur Reparationsfrage einstimmig angenommen:

Nach eingehender Prüfung des Reparationsproblems hat der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes zu der veränderten Lage Stellung genommen, die durch die Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise geschaffen worden ist.

Die — unter Außerachtlassung der vom Internationalen Gewerkschaftsbund schon vor mehr als 10 Jahren aufgestellten Forderungen — unternommenen Lösungsversuche der kapitalistischen Regierungen haben keine Resultate gezeitigt. Das Hoover-Jahr war eine Vertagung, aber keine Lösung! Die Sachverständigen haben einmütig erklärt, daß Deutschland nicht mehr zahlungsfähig ist.

Der Internationale Gewerkschaftsbund muß aber daran erinnern, daß er neben der auf die Streichung der Kriegsschulden gerichteten Forderung immer betont hat, daß Deutschland ausschließlich zur Wiedergutmachung der in den zerstörten Gebieten verursachten Kriegsschäden verpflichtet ist; er bestätigt diesen Standpunkt.

Der Internationale Gewerkschaftsbund hatte bereits in seinem Memorandum an die 4. Völkerbundsversammlung 1923 die Einsetzung eines neutralen Schiedsgerichts verlangt, dessen Autorität die immer noch bestehenden Streitfragen schon damals schlichten sollte.

Die Widersprüche in der Bewertung der von Deutschland für die Wiedergutmachung geleisteten Zahlungen haben eine definitive Regelung der Frage erschwert und dadurch die Spannung zwischen den Völkern erhöht, statt daß ihre gegenseitigen Beziehungen in beiderseitigem Interesse der endlichen Befriedigung Europas dienstbar gemacht wurden.

Die Welt steht heute vor der nicht mehr aufschiebenden Pflicht, das Reparations- und Kriegsschuldenproblem endgültig zu lösen, um diese unheilvolle Quelle politischer Gefahren und wirtschaftlicher Katastrophen zu beseitigen.

Die Konferenz von Lausanne darf deshalb weder vertagt werden, noch darf sie die Lösung der Probleme hinauszögern. Eine weitere Zuspitzung der Lage müßte die Folge der Verzögerung sein.

Für die Freiheit!

Die Organisation ist in Gefahr! Die Reichstagswahl entscheidet! Wehr' dich! Gib dein Freiheitsopfer!



Alle Funktionäre haben Freiheitsopfer-Marken zu 15 und 50 Pfennig. —

Bringe dein Freiheitsopfer! Jedes Scherlein zählt!

Gib

Der Internationale Gewerkschaftsbund vertritt die Auffassung, daß es im Interesse des wirtschaftlichen wie politischen Friedens nur eine vernünftige Lösung gibt: Unter das Reparationsproblem muß der Schlüsseltrich gesetzt werden!

Wenn jedoch die politischen Verhältnisse diese Endregelung ohne neue Verzögerungen

nicht gestatten, so muß die Lausanner Konferenz wenigstens zu einem allgemeinen Moratorium von mindestens 10 Jahren gelangen, das die Möglichkeit schafft, die internationale Solidarität der Völker wiederherzustellen und an Stelle des Wirtschaftskrieges die Zusammenarbeit zu setzen, die allein den gemeinsamen Wiederaufbau der Weltwirtschaft ermöglichen kann.

Es steht fest, daß eine derartige von allgemeinem Versöhnungswillen getragene Lösung die Vereinigten Staaten von Amerika ohne langes Zögern dazu bringen würde, freiwillig auf ihre Forderungen aus dem Kriege zu verzichten.

Der Internationale Gewerkschaftsbund weist mit besonderem Nachdruck darauf hin, daß sowohl die letzte Arbeitskonferenz des Internationalen Arbeitsamtes als auch der Völkerbundsrat die Notwendigkeit betont haben, daß zum Wohlergehen der ganzen Welt eine definitive Regelung des Reparationsproblems und der anderen internationalen politischen Schuldenfragen erfolgen muß, die von Tag zu Tag dringlicher wird.

Nicht weniger deutlich wird in den Beschlüssen der Internationalen Arbeitskonferenz und des Völkerbundsrates darauf hingewiesen, daß die Lösung des Reparationsproblems nur insofern wirksam werden kann, als die Staaten auch die Kriegsschuldenfragen und die allgemeinen Währungs- und Kreditprobleme, sowie die Probleme der Produktion und des Austausches regeln.

Es muß dabei zu praktischen Lösungen kommen, die die Wiederanfurbelegung der Wirtschaft auf der Grundlage gemeinschaftlicher Pläne ermöglichen unter dem Gesichtspunkt der systematischen Verbrauchssteigerung der Massen und der planmäßigen Ausgestaltung des internationalen Güteraustausches.

Der Internationale Gewerkschaftsbund, der die Volksschichten vertritt, die am stärksten von der Krise betroffen werden, verlangt, daß die Stimme der Arbeiterschaft auf den Konferenzen, die mit der Lösung der bezeichneten Probleme beauftragt sind, gehört wird.

anderes bieten kann als Sorge, Not, Verzweiflung. Sie mußten zurück unter dem Zwang, und gar bald konnten sie verspüren, was es heißt, Rußland verlassen zu wollen. Große Scharen hat man verschickt in Gegenden, die nie oder nur vereinzelt einmal ein Ausländer betreten wird.

Das Land ist in Wirtschaftsbezirke eingeteilt. An ihrer Spitze stehen Wirtschaftsführer und wieder Unterführer. Sie sind verantwortlich, nicht der Bevölkerung gegenüber, daß sie ihre Lebensmittel, Kleidung usw. rechtzeitig und in hinreichendem Maße erhält, sondern verantwortlich dem Sowjetrat, daß die im Fünfjahresplan für die einzelnen Jahre vorgesehenen Mengen erzeugt und hergestellt werden. Nur darum geht es. Immer nur um dieses Ziel — nicht um das Wohl und Wehe der Menschen.

Was die Landwirtschaft betrifft, so ließe sie sich weit produktiver gestalten. Große Flächen Landes sind noch unbebaut, in immer größerem Ausmaß werden ausländische Maschinen zur Saat, Bestellung und Ernte verwendet. Der Mutterboden

der Steppe ist in seiner Güte über alles erhaben. Er ist jungfräulich, bedarf keines besonderen Düngers, sondern nur ab und zu einmal Ruhe auf ein Jahr.

Es läßt sich aber nicht verschweigen, Mangel an Arbeitskräften herrscht; dazu wechseln die Leute sehr oft ihre Arbeitsplätze, und die dadurch entstehenden Verluste von vielen, vielen Arbeitstagen sind nicht leicht wieder einzuholen.

Im Dongebiet ist jedes Dorf sozusagen ein großes Gut. Wo noch nicht modernste Maschinen eingesetzt sind, wird das Getreide bei der Reife durch Mähmaschinen geschnitten und wie Heu auf große Haufen geworfen. Dann kann das Ausdreschen beginnen. Doch auch hier zeigt sich, daß noch lange nicht genügend Maschinen vorhanden sind.

Zuerst wird das in der Nähe des Dorfes geerntete Getreide ausgedroschen, das andere muß warten, bis diese Arbeit verrichtet ist. Es vermundert deshalb nicht, wenn Getreide, das zwei oder mehr Monate geschnitten auf dem Felde liegt, durch Regen und Rässe auswächst und verdirbt,

In Deutschland würde dann, falls ein solcher Zustand einmal eintreten sollte, kein Mensch mehr daran denken, dieses lang ausgewachsene und seines Inhalts — ganz zu schweigen von der Güte — be-raubte Getreide noch auszudreschen.

In Rußland ist dies anders. Der Wirtschaftsführer haftet. Er muß seine bestimmte Menge erreichen. Er läßt also auch dann das Getreide noch ausdreschen, oft erst lange nach Eintritt des Frostes. Daß das aus diesem Getreide gewonnene Mehl und daraus gebackene Brot nicht von guter Qualität sein kann, ist selbstverständlich.

Ohne Zweifel liegen aber in solchen Fällen doch noch Gründe vor, welche man zur Verteidigung der Wirtschaftsführer und ihrer Untergebenen anführen könnte, wenn auch eine bessere Organisation sicherlich manches Unheil, manchen schweren Schaden verhüten würde.

Aber die Führung der Wirtschaft in den Bezirken des Dongebiets, in den Händen verdienter Kommunisten liegend, ist sicherlich viel schlechter als in irgendeinem anderen Lande. Diese Führer — womit ge-

Krisenfest und erfolgreich!

Der Optimismus, mit dem wir sonst immer den Geschäftsabschlüssen der Arbeiterunternehmungen entgegengesehen haben, war diesmal etwas gedämpft. Die schweren Krisenzeiten sind dazu angetan, unsere Erwartungen erheblich herabzuschrauben. Trotzdem stehen wir aber pessimistischen Gedankengängen fern, weil uns langjährige Erfahrungen lehren, daß die gemeinwirtschaftlich organisierten und nach solchen Grundsätzen geführten Arbeiterunternehmungen noch immer den privatwirtschaftlich geführten Wirtschaftsbetrieben überlegen waren. Eine Bestätigung dieser Auffassung gibt uns nach den anderen Arbeiterunternehmungen auch die Entwicklung der Volksfürsorge, deren Generalversammlung kürzlich stattfand.

Aus vorläufigen Berichten der Volksfürsorge war schon ersichtlich, daß das gewerkschaftlich-genossenschaftliche Versicherungsunternehmen trotz allem dem Aufsturm der Krise gewachsen war und seinen Aufstieg, wenn auch stark gehemmt, fortsetzen konnte.

Nach der kürzlich stattgefundenen Generalversammlung liegt nun das endgültige Ergebnis vor. Der Versicherungsbestand der Volksfürsorge stieg von rund 2 185 000 Versicherungen Ende 1930 auf 2 261 000 Ende 1931. Durch Einnahme aus Prämien und Kapitalerträgen in Höhe von 63 Millionen Reichsmark stieg das Vermögen auf rund 180 Millionen Reichsmark, wovon rund 161 Millionen Reichsmark Prämienreserve und aufgezinste Gewinnanteile Eigentum der Versicherten sind.

Besonderes Interesse beansprucht wieder die von der Generalversammlung beschlossene Verteilung des Uberschusses. Nach Abzug der gesetzlich vorgeschriebenen und sonstigen Reserven und 50 000 Reichsmark für Verzinsung des 2 1/2 Millionen Reichsmark betragenden Aktienkapitals (die Aktien sind nur im Besitz der Gewerkschaften und Genossenschaf-

ten) werden die sonstigen Erübrigungen in Höhe von 11 230 000 Reichsmark den Versicherten als Gewinnanteile gutgeschrieben. Dadurch ist es auch in diesem Jahre möglich, den Versicherten der Volksabteilung 30 Prozent und den Versicherten der Lebensabteilung 35 Prozent der gewinnberechtigten Jahresprämie als Gewinnanteile zu überweisen. Diese Zahlen brauchen wohl nicht kommentiert zu werden.

Die Generalversammlung gab auch Gelegenheit, auf Vorwürfe einzugehen, die in der Öffentlichkeit gegen die Volksfürsorge erhoben worden sind. Sie waren meistens inszeniert von politischen Gegnern unseres Arbeiterunternehmens und hatten die Lage der Volksfürsorge und die von ihr ausgezahlten Rückkaufsummen zum Gegenstand. Es liegen bei der Volksfürsorge unzählige Beweise über verleumdende Behauptungen vor, so u. a. Auslassungen, die von einem kommenden Zusammenbruch der Volksfürsorge, von geplantem Verbot unseres Unternehmens, von finanziellen Verlusten bei der Kapitalanlage und von Verlusten der Versicherten sprechen. Demgegenüber konnte der Berichterstatter in der Generalversammlung auf den Geschäftsbericht verweisen, der alle diese Gerüchte ad absurdum führt.

Es wird unseren Leserinnen und Lesern wohl verständlich sein, daß das von einer Lebensversicherung übernommene Risiko (vor Ablauf der Versicherungsdauer fällige Versicherungsleistungen durch Sterbefälle) von der Gesamtheit der Versicherten getragen werden muß und auch die Verwaltungskosten gedeckt werden müssen. Dieses Prinzip muß selbstverständlich auch die Volksfürsorge anerkennen und anwenden. Die ausgezahlten Rückkaufswerte können deshalb nicht die Höhe der eingezahlten Prämien erreichen. Das Vorstandsmitglied Friedrich Lesche konnte aber auch unter Be-

weis stellen, daß die Volksfürsorge von allen Lebensversicherungsgesellschaften den relativ höchsten Rückkaufswert auszahlt.

Bei der organisierten Arbeiterschaft haben die Vorwürfe unserer Gegner keine Resonanz gefunden; aber die Wirkung auf die unaufgeklärten Bevölkerungsschichten kann geeignet sein, den Vertrauensleuten der Volksfürsorge die Verbearbeit zu erschweren.

Im Gesellschaftsvertrag der Volksfürsorge wurden durch Beschluß der Generalversammlung verschiedene Änderungen vorgenommen, die sich auf Grund der Änderung des Gesetzes über die Beaufsichtigung der privaten Versicherungsunternehmen und Bausparkassen notwendig machten. Am Charakter des Unternehmens ändern selbstverständlich diese Neuerungen nichts.

Von der Generalversammlung wurde auch der gesamte Aufsichtsrat neu gewählt. Als Gewerkschaftsvertreter gehören ihm an: Theodor Leipart, Dr. Ernst Bachem, Ernst Schulze, Karl Thiemig und Otto Wels. Als Vertreter der im Zentralverband deutscher Konsumvereine zusammengeschlossenen Konsumgenossenschaften: Gustav Borgner, Otto Borgner, W. Fischer, Vollrath Klepzig und Ernst Markus.

Billige böhmische Bettfedern:



Nur reine, gutfüllende Sorten. Ein Kilo graue, geschliss. 2.50 M, halbweiße 3 M, weiße 4 M, bessere 5 M, 6 M, daunenweiße 7 M, 8 M, beste Sorte 10 M, 12 M, weiße, ungeschlissene Rußfedern 6.50 M, 7.50 M, beste Sorte 9.50 M. Versand franko, zollfrei gegen Nachnahme Muster frei Umtausch und Rücknahme gestattet

Benedikt Sachsel, Lobes Nr. 245
bei Pilsen (Böhmen)

wiß nicht alle gemeint sind — bringen trotz ihrer strengen Verantwortung wenig Interesse, meist aber noch weniger Sachkenntnis mit. Von den erzeugten Produkten verdirbt eine Unmasse, lediglich aus großem Verschulden der Führung.

So konnte ich im Herbst 1930 beobachten, daß an einer Bahnstation im Donaugebiet ein großer Stapel von Getreide errichtet wurde. Wohl gut einhundert Meter lang, sieben Meter breit und fünf Meter hoch waren Getreidesäcke übereinandergeschichtet, notdürftig überdeckt, doch keineswegs so geschützt, wie es nötig gewesen wäre. Regen setzte ein. Der Stapel ruhte unverändert. Es regnete weiter, man schützte das Getreide nicht besser. Endlich schien man begriffen zu haben, daß hier etwas getan werden müsse. Was tat man?

Man sorgte auch dann noch nicht für einen wirksamen Schutz, der nicht schwer zu beschaffen gewesen wäre. Man ging daran, einen Schuppen zu bauen. Wiederum vergingen Wochen. Langsam entstand der Schuppen — und als man nach zwei-monatiger Bauarbeit daran ging, das

Getreide unter Dach zu bringen, zeigte sich, daß der weitaus größte Teil völlig verdorben war. Wer nachher das Brot essen mußte, der bekam zu spüren von der Arbeit russischer Wirtschaftsführer.

Der famose Wirtschaftsführer wurde nachher verfehlt.

Der Berechtigte halber sei aber erwähnt, daß es auch Wirtschaftsführer gibt, die ihre Aufgabe ernst nehmen, mit denen man gut arbeiten konnte. Schon weil sie etwas verstehen und deshalb befähigter als ihre oft recht unwissenden Kollegen sind, solche Posten zu bekleiden. Meist handelt es sich bei diesen um ehemaligen zaristischen Beamte, die sich nach der Revolution umgestellt haben.

Unterstützt werden die Wirtschaftsführer durch einen großen Stab von Polizei und Miliz.

Diese führen die Aufsicht bei der Bestellung des Feldes. Sie sind bei der Ernte zugegen, beim Ausdreschen; sie überwachen die Viehhaltung der Kollektive, den Verkauf und den „Robkobs“ und haben sich um den Versand der Produkte zu kümmern.

Meist sind es junge Leute, fanatische Kommunisten, die die Zeit vor dem Krieg nicht kannten. Sie sind die treueste und beste Stütze der Sowjetunion. Sie sorgen auch für Propaganda, die in Rußland ein Ausmaß angenommen hat, von dem man sich keine Vorstellung machen kann.

Wenn im Herbst die ersten Wagen mit ausgedroschenem Getreide abgefahren werden, behängt man sie mit großen Plakaten, mit bunten Tüchern und Aufschriften, die den Staat, den Fünfjahresplan verherrlichen, und man pflanzt vorn und hinten Sowjetfahnen auf. Tendenzlieder werden bei dieser Propagandafahrt gesungen.

In den Dörfern aber bleibt nicht ein einziges Körnchen Getreide, es sei denn, daß es sich um Bauern handelt, die noch nicht in der Kollektive sind. Sie erhalten meist gleich nach dem Ausdreschen ihren Anteil für das Jahr. Gewöhnlich drei Zentner Getreide pro Kopf. Mit dieser Menge haben sie sich selbst zu versorgen und keinen Anspruch mehr, in den amtlichen Verteilungsstellen, den „Robkobs“, weiteren Bedarf zu decken. (Fortf. folgt)